

Regional European Organisation of the FDI

Länderbericht

Land: Deutschland

Organisation: Bundeszahnärztekammer

Ort: Berlin

Jahr: 2017

Bitte klassifizieren Sie den Länderbericht nach folgenden Themen:

Änderungen

In der Organisationsstruktur Ihrer Organisation
- Keine -

Trends und Entwicklungen:

Berufsrecht

-

Gesundheit und Soziales

-

Bildung

Der gesetzliche Rahmen für die zahnmedizinische Ausbildung an den 31 deutschen Universitätsstandorten wird seit Jahrzehnten von der Approbationsordnung Zahnmedizin aus dem Jahre 1955 geregelt. Am 20. Oktober des letzten Jahres legte das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) einen Referentenentwurf zur Verordnung zur Neuregelung der zahnärztlichen Ausbildung vor (RefE der ZÄPrO) vor.

Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Deutsche Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK), Vereinigung der Hochschullehrer für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (VHZMK) und Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) haben sich in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Referentenentwurf der ZÄPrO positioniert.

BZÄK, VHZMK, DGZMK und KZBV begrüßen darin die übergeordneten Reformelemente für das Zahnmedizinstudium, namentlich:

- die Neugewichtung der Ausbildungsinhalte durch eine fachliche Weiterentwicklung des Curriculums des Zahnmedizinstudiums in Richtung Prävention, Therapie und Alterszahnheilkunde;
- die stärkere Anbindung des Zahnmedizinstudiums an das Medizinstudium, hier insbesondere die verstärkte fachübergreifende Lehrkooperation mit der Medizin;
- die verstärkt praktisch-präventive Ausbildung bereits im vorklinischen Studienabschnitt;
- die Förderung der Qualität der praktischen Ausbildung im klinischen Studienabschnitt;
- die Aufnahme einer Famulaturzeit (Praktikum).

BZÄK, VHZMK, DGZMK und KZBV sind sich einig, dass die Inhalte der Approbationsordnung nicht neu verhandelt werden können, ohne deren Umsetzung zu gefährden. In einigen Bereichen des Approbationsordnungsentwurfes ist jedoch eine Überarbeitung notwendig. Das betrifft insbesondere den zahntechnischen Bereich sowie die Betreuungsrelation und den Erfüllungsaufwand vor dem Hintergrund einer geforderten Kostenneutralität.

Wegen einer noch ausstehenden Rechtsprüfung des Bundesjustizministeriums soll das Kabinett den überarbeiteten Referentenentwurf voraussichtlich Ende Februar 2017 erhalten, von wo aus er bis Ende März dem Bundesrat zugeleitet werden soll, der am 12. Mai abstimmen könnte.

Im Versicherungssystem (gesetzliche und private Versicherung)

-

Zahnärztliche Versorgung bei Asylbewerbern oder Flüchtlingen

-

Gebührenänderung:

-

Information bezüglich der Werbung des Weltmundgesundheitsstages:

-

Weitere Informationen (Aktivitäten, concerns):

- Europatag

Die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) organisiert jährlich abwechselnd zwischen Brüssel und Berlin ihren Europatag, der dazu dient, europäische Themen an den Schnittstellen zur nationalen Politik dem zahnärztlichen Berufsstand und anderen interessierten Kreisen näher zu bringen. Gleichzeitig möchten wir mit dem Format des Europatages der wachsenden Bedeutung der Europapolitik in und für Deutschland Rechnung tragen und nach außen unser Interesse an europäischen Entwicklungen dokumentieren.



Der Europatag 2017 wird am 7. Juni in Brüssel stattfinden. Das Thema wird das im Januar 2017 von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Dienstleistungspaket sein.

Zusätzlich ist eine Abendveranstaltung der BZÄK mit deutschen Europaabgeordneten und aus Deutschland stammenden Kommissionsbeamten im Herbst 2017 geplant

- FDI (World Dental Federation)

Deutscher Abend

In Zusammenarbeit mit dem Verband der Deutschen Dentalindustrie – VDDI), lädt die BZÄK anlässlich der FDI-Tagung 2017 in Madrid zu einem Deutschen Abend ein. Dieser findet am Mittwoch, den 30. August statt.